

nicht vorliege. Da das aufgefundenen Gedicht in Alexandrinern und nicht in Prosa abgefaßt ist, ergibt sich ein unlösbarer Widerspruch mit Goethes bestimmter eigener Angabe. Soweit die Schriftprobe erkennen ließ, ergab sich für uns auch inhaltlich kein Grund für die Annahme Goethescher Verfasserschaft. Ob wir daher berechtigt sind, Goethes Bericht von der Verbrennung des Werkes in Zweifel zu ziehen, wird sich nach Erscheinen des angekündigten „Joseph“ ergeben.

Maßnahmen gegen das Stilllegen von Betrieben. — Die zahlreichen Fälle, in denen leistungsfähige industrielle Betriebe (besonders auch Buchdruckereien) stillgelegt wurden, um Maschinen zu den derzeitigen hohen Preisen zu veräußern, haben wegen der damit verbundenen sozialen und wirtschaftlichen Gefahren schon vor längerer Zeit die Aufmerksamkeit des Reichswirtschaftsministeriums erregt. Es ist infolgedessen allgemein angeordnet, daß die Ausfuhr gebrauchter Maschinen in Zukunft nur genehmigt werden soll, nachdem im Benehmen mit den zuständigen örtlichen Stellen, insbesondere den Gewerbeaufsichtsbeamten, festgestellt ist, daß durch die Ausfuhr wesentliche wirtschaftliche Interessen des Landes nicht beeinträchtigt werden.

Neuerdings ist im Reichswirtschaftsministerium der Entwurf einer Verordnung fertiggestellt, die ungerechtfertigten Stilllegungen und Abbrüchen der Betriebe vorbeugen soll, soweit dies auf Grund der zurzeit geltenden gesetzlichen Bestimmungen möglich erscheint. Die Veröffentlichung der Verordnung, die durch eine Ausführungsanweisung für die mit ihrer Durchführung befaßten Behörden ergänzt werden soll, steht in nächster Zeit bevor.

(Nach »Industrie- und Handels-Zeitung«.)

Abbau der Kriegsgesellschaften. — Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages beschäftigte sich mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft in der Industrie und dem Antrag der Deutschnationalen auf Aufhebung sämtlicher Kriegsgesellschaften und der Ausfuhrabgaben. Der Reichswirtschaftsminister gab zunächst eine Übersicht über die noch bestehenbleibenden und die in Auflösung und Liquidation befindlichen Kriegsgesellschaften. Wenn auch schon ein Teil der Angestellten entlassen und einem anderen Teil gekündigt worden sei, so seien doch in verschiedenen Kriegsgesellschaften noch sehr hohe Angestelltenziffern vorhanden. Er beabsichtige unter Vermeidung von Härten gegenüber den Angestellten mit der im Gange befindlichen Auflösung der Kriegsgesellschaften nachdrücklich weiter vorzugehen. Von rechtsstehender Seite wurde gewünscht, hier energischer vorzugehen und den zu Kündigenden lieber ein Dreimonatsgehalt bei der Entlassung zu bewilligen, als sie ohne Bedarf weiter zu beschäftigen. Von den »Behörden oder Organisationen behördlichen Charakters« sollen vorläufig bestehen bleiben: 1. Reichskommissar für die Kohlenverteilung; 2. Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung; 3. Reichsbeauftragte für die Überwachung der Ein- und Ausfuhr (Verwaltungs-Abteilung); 4. Reichsstelle für Zement. Die Auflösung ist verzögert bei der Reichsleiterstelle. In Auflösung begriffen sind: 1. Reichsbelleidungsstelle (Abwicklungsstelle); 2. Reichsstelle für Schuhversorgung; 3. Baumwollabrechnungsstelle; 4. Reichsstelle für Druckpapier.

Von den Aktiengesellschaften oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung bleiben vorläufig bestehen: 1. Zentralstelle für die Petroleumverteilung G. m. b. H.; 2. Textil-Notstandsversorgung G. m. b. H.; 3. Reichsschuhversorgung G. m. b. H.; 4. Wirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe G. m. b. H.; 5. Devisenbeschaffungsstelle G. m. b. H.; 6. Reichsbeauftragte für die Überwachung der Ein- und Ausfuhr, Geschäftsstelle G. m. b. H.

In der papiererzeugenden Industrie Deutschlands war der Geschäftsgang im Monat August außerordentlich schleppend und die Nachfrage sehr gering. Die im Monat Juli eingetretene Stodung auf dem Papier- und Pappenmarkt hielt auch im August an. Auch das Auslandsgeschäft, insbesondere in Feinpapier, lag darnieder. Der Papiergroßhandel und die Papierverarbeitungsindustrie hielten mit der Erteilung von Aufträgen zurück, trotzdem bereits ein gewisser Rückgang der Papierpreise stattgefunden hat. Noch immer werden feste Bestellungen zurückgezogen, wodurch die Papierfabrikanten in eine sehr schwierige Lage kommen. Die Produktion der meisten Fabriken mußte auf Lager gehen. Die Kohlenzuteilung gestaltete sich infolge des Spa-Abkommens unsicher und war in vielen Fällen gänzlich ungenügend. Der Stand der Wasserkrafts war im Berichtsmonat infolge der reichlicheren Niederschläge günstiger als im Juli. Die Versorgung der papiererzeugenden Industrie mit Rohstoffen war im allgemeinen zufriedenstellend, wobei aber nicht übersehen werden darf, daß die Beschäftigung zurzeit sehr gering ist. Papierholz wurde reichlicher an-

geboten, jedoch immer noch zu viel zu hohen Preisen. Die oft nachgesuchte Genehmigung zur Ausfuhr von Papierholz wurde von den Ausfuhrbehörden verweigert. Mit der allgemeinen Absatzstodung hängt es zusammen, daß Holzschliff, der noch im Juni knapp war, im Verhältnis zum Bedarf so reichlich erzeugt wurde, daß die Schleifereien zum Teil kaum ihre Pflichtlieferungen für Zeitungsdrukpapier los wurden. Die Versorgung mit Zellstoff war ausreichend. Das Angebot in Altpapier, welches zeitweilig sehr stark war, ist kleiner geworden. Vereinzelt werden sogar wieder höhere Preise verlangt. Die Hilfsstoffe, Farben und Chemikalien hielten ihre hohen Notierungen. — Der gesetzliche Steuerabzug in Höhe von 10 Prozent des Arbeitslohns hat zur Folge gehabt, daß die Arbeitnehmer in vielen Betrieben Lohnerhöhungen verlangten. — Im allgemeinen deuten noch mancherlei Anzeichen darauf hin, daß die Papierpreise nicht wieder steigen, sondern langsam weiter fallen werden.

Zur Illustrierung des Kapitels Papierpreise dürfte die nachstehend veröffentlichte Bilanz der A.-G. Papierfabrik Hegge-Kempen ein lehrreicher Beitrag sein. Der im verfloffenen Jahr erzielte Reingewinn erreicht beinahe die Höhe des Aktienkapitals. Wenn man solche Bilanzen veröffentlicht sieht, dann drängt sich einem unwillkürlich die Frage auf, ob die jetzt eingeführte minimale Herabsetzung der Papierpreise in dem richtigen Verhältnis zu den vorher erzielten Gewinnen steht. Die Tageszeitungen melden:

Der Aufsichtsrat beschloß, von dem nach Abzug der Amortisationen von 507 056 M. (i. B. 725 148 M.) und der statutarischen Lasten verbleibenden Reingewinn von 2 279 773 M. (1 101 199 M.) einschließlich des Vertrages von 66 198 M. (103 236 M.) dem Deltkrederefonds zur Ausrundung 88 663 M. (0), dem Wasserlatastrophensfonds 400 000 M. (0), dem Beamten- und Arbeiter-Unterstützungsfonds 400 000 M. (0) zuzuführen, einen Maschinen- und Gebäude-Erneuerungsfonds von 500 000 M. zu errichten und für Überteuierung projektierte Arbeiterwohnhäuser 300 000 M. zurückzustellen (im Vorjahre für Kriegsteuer 720 000 M.). Als Dividende sollen auf das alte Aktienkapital 20 Prozent und auf die neuen Aktien die anteiligen 10 Prozent in Vorschlag gebracht werden. Zum Vortrag sollen 146 110 M. gelangen. Außerdem wurde beschlossen, mit Rücksicht auf die großen Geldbedürfnisse, insbesondere veranlaßt durch die veränderte Zahlungsweise der Kundschaft, das Aktienkapital weiter um 1,3 auf 4 Millionen Mark zu erhöhen. Die neuen Aktien sollen zu pari im Verhältnis 9:4 ausgegeben werden.

Aufhebung der Guthabensperre in Deutschösterreich. — Durch eine Reihe von Verordnungen war auf die Guthaben und Konti Reichsdeutscher bei deutschösterreichischen Geldinstituten eine Sperre verhängt, durch welche eine Verfügung über die gesperrten Beträge unmöglich gemacht wurde. Neuerdings ist, wie der Deutsch-Osterr.-Ungar. Wirtschaftsverband, Berlin, mitteilt, die Möglichkeit gegeben, eine Freigabe der gesperrten Guthaben und Konti zu erreichen, und zwar auf Grund eines Antrages und unter Erfüllung einer Reihe von Formalitäten. Es wird ferner die Möglichkeit gegeben, Effekten, die bisher nicht zur Abstempelung gebracht werden konnten, einer Nachabstempelung zuzuführen. Die Frist für die Stellung solcher Anträge läuft bis Anfang Oktober. Interessenten erfahren Näheres bei dem Deutsch-Osterr.-Ungarischen Wirtschaftsverband, Abteilung Ostreich, Berlin W. 35, Am Karlsbad 16.

(Deutscher Reichsanzeiger Nr. 203.)

Aus Rußland. — Maxim Gorki hat erreicht, daß 180 Gelehrte und Schriftsteller in Petersburg als besondere Monatsrate einige Kilo Fleisch, Grütze und Schokolade erhalten. — Um die Spekulation in Büchern zu verhindern, ist der Buchhandel verstadtlacht worden. An jeden Käufer wird nur ein Werk für höchstens 1000 Rubel auf einmal verkauft.

Jenny Lind-Gedächtnisausstellung in Frankfurt a. Main. — Der Besitzer des Manskopffschen Musikhistorischen Museums in Frankfurt am Main wird anlässlich des 100. Geburtstages von Jenny Lind (6. Oktober 1920) eine große Gedächtnisausstellung veranstalten. Die Eröffnung findet am 19. September statt.

Beethoven-Gedächtnis-Geldmünzen. — Anlässlich des 150. Geburtstages Beethovens beabsichtigt die Stadt Bonn für etwa 400 000 Mark (Zehn-, Fünfundzwanzig- und Fünzigpfennigstücke) Gedächtnismünzen mit dem aufgeprägten Beethovenkopf und den Jahreszahlen 1770—1920 als Notgeld herstellen zu lassen.